

Singapur: 10 Jahre PAP-Herrschaft

GEBHARD HIELSCHER ✓

Im Jahre 1819 wurde durch Vereinbarung mit dem Sultan von Johore an der Mündung des Singapur-Flusses eine Handelsniederlassung der englischen East India Company eröffnet. Das war der Anfang der wechselvollen Geschichte des modernen Singapur, das in diesem Jahr sein 150jähriges Jubiläum feiert.

Vor zehn Jahren — am 3. Juni 1959 — übernahm die „People's Action Party“ unter Führung von Lee Kuan Yew die Regierungsgeschäfte in Singapur. Seit diesem Tage sind die Geschicke der Inselrepublik (ab 1965), die von 1963 bis 1965 Mitglied des Bundesstaates Malaysia war, fast ausschließlich durch die Dynamik ihrer sozialistischen Regierungspartei bestimmt worden. Die pro-kommunistische Opposition der „Barisan Socialis Party“ wurde völlig an die Wand gedrückt. Ihr Führer Lim Chin Siong — einst Mitstreiter von Lee Kuan Yew gegen die britische Kolonialherrschaft — hatte sich nach Erlangung der Unabhängigkeit von seinen PAP-Freunden getrennt, wurde 1963 von Lees Justiz zusammen mit anderen linken Weggenossen wegen Anzettelung eines Streiks ins Gefängnis gesteckt und schließlich diesen Sommer aus der Haft entlassen, nachdem er den Austritt aus seiner eigenen Partei erklärt hatte. Den parlamentarischen Tod waren die Barisan-Sozialisten schon ein Jahr früher gestorben: Bei den letzten Wahlen vom 13. April 1968 hatte die Partei von Ministerpräsident Lee alle 58 Mandate gewonnen (gegenüber 43 von 51 Sitzen im Jahre 1959 und 37 vier Jahre später). Seitdem regiert die PAP ohne parlamentarische Opposition.

Die Republik Singapur — die erst mit dem Ausscheiden aus Malaysia volle staatliche Souveränität erlangt hat — ist Mitglied des Britischen Commonwealth und der Vereinten Nationen. Darüber hinaus ist der Stadtstaat zur Gewährleistung der Sicherheit seiner vorwiegend chinesischen Bevölkerung von rund zwei Millionen ein loses Verteidigungsbündnis mit Australien, Neuseeland, Großbritannien und Malaysia eingegangen. Der Entschluß der englischen Labour-Regierung, bis Ende 1971 alle britischen Militärstützpunkte östlich von Suez — also auch in Singapur und Malaysia — abzubauen, hat die energischen PAP-Führer der Inselrepublik bewogen, sich eine eigene Hausmacht zuzulegen: auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht entsteht seit 1967 eine kleine, aber schlagkräftige Armee, die „Singapore Armed Forces“ (SAF). Unter Anleitung israelischer Militärberater — die zur besseren Geheimhaltung zunächst als „mexikanische Agrarfachleute“ deklariert wurden — ist aus den SAF inzwischen eine modern ausgerüstete Truppe mit einer Mannschaftsstärke von gegenwärtig 7500 Mann geworden, die sich beim diesjährigen Nationalfeiertag erstmals in aller Form der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Während der Militärparade vor Ministerpräsident Lee und einer beeindruckten Bevölkerung sorgten 50 aus Israel importierte AMX-Panzer französischer Herkunft für den wohl beabsichtigten Grusel-

effekt. Und eine Einheit entschieden dreinblickender Singapur-Amazonen, ihre Maschinenpistolen im Anschlag, dokumentierten die Entschlossenheit der Regierung, die gesamte Jugend Singapurs für ihre PAP-Republik zu mobilisieren (auch dies nach dem Vorbild der israelischen Lehrmeister). Der Preis für diese Sicherheit: Nach den Erläuterungen von Finanzminister Dr. Goh Keng Swee wird der Aufbau der SAF bis 1971 jährlich rund 100 Millionen Dollar verschlingen. Das entspricht einem Anteil von 10% am Bruttosozialprodukt (zum Vergleich: USA 9,8; die Bundesrepublik unter 5; und Japan noch 0,9%!). Eigene Munitions- und später auch Waffenfabriken sollen die Gewähr dafür bieten, daß ein möglichst großer Teil dieses Geldes im Lande bleibt und die Auslandsabhängigkeit im Krisenfall in Grenzen gehalten wird.

Doch in den Dossiers von Dr. Goh gibt es auch produktivere Zahlen. Der rührige Finanzminister hatte das Jubiläum zehnjähriger PAP-Herrschaft in Singapur zum Anlaß genommen, einige Erfolgsziffern aus der Regierungsarbeit bekanntzugeben. Danach hat die Republik unter der Führung der Sozialisten ihren Vermögensbestand fast verzehnfacht (von rund 484 Millionen DM im Jahre 1959 auf heute etwa 4,4 Milliarden). Nicht ganz ein Drittel dieser Werte entfällt auf Staatsbesitz an Grund und Boden, Geschäftsbeteiligungen usw. (z. B. wesentliche Anteile am Kapital der Entwicklungsbank von Singapur und der Malaysia-Singapore-Airlines, Alleinbesitz der Neptune-Orient-Schiffahrtlinie). Zu den besonderen Leistungen seiner Regierung rechnet Dr. Goh den Bau von insgesamt 93 300 Wohnungen (seit 1962 durchschnittlich 12 000 Einheiten pro Jahr) sowie die Entwicklung des Industriegebiets Jurong, um die allzu einseitige Abhängigkeit von Handel und Schiffahrt zu verringern (dennoch bleibt der Freihafen Singapurs Lebensnerv — mit gutem Grund: Er ist der zweitgrößte in Asien und Nummer 4 auf der Weltrangliste). Vorzügliche Sozialeinrichtungen, ein umfassendes Bildungssystem — jeder vierte Bürger Singapurs befindet sich in der Ausbildung, jeder hundertste ist Lehrer, ein Viertel des Staatshaushalts wird alljährlich für Erziehungsausgaben aufgewendet — und ein stetiges Wirtschaftswachstum zwischen jährlich 6% und 9% seines Bruttosozialprodukts haben Singapur im Laufe des letzten Jahrzehnts zu einer Art „Musterländle“ in Asien gemacht.

Doch hat die Medaille auch ihre Kehrseite. Die Politik der PAP ist ganz auf Erfolg und Fortschritt ausgerichtet. Sie duldet keinen Widerstand im vollsynchronisierten Entwicklungsgetriebe. Das gilt für unruhige Studenten ebenso wie für nicht gefüggige Arbeiter, besonders seit Inkrafttreten des neuen Beschäftigungsgesetzes. In den Worten des Finanzministers hört sich das so an: „Wir können uns keine undisziplinierte Arbeiterschaft leisten, ebensowenig wie eine Lohnspirale. Doch sollten wir nicht aus den Augen verlieren, daß das Endziel dieser ganzen Industrialisierungsanstrengungen nicht darin liegt, wenigen Glücklichen große Vermögen zu verschaffen, sondern in der Anhebung des Lebensstandards der gesamten Arbeiterklasse. Das muß das Glaubensbekenntnis einer sozialistischen Regierung sein.“ Und den murrenden Studenten der Staatsuniversität Singapur rief Ministerpräsident Lee Kuan Yew warnend zu, er dulde keinen Widerstand in Grundsatzfragen — wie nationale Sicherheit, Wehrdienst, wirtschaftliches Überleben, die Aufrechterhaltung des demokratischen Systems und des Prinzips vom Vielvölkerstaat — sobald dieser in organisierte Massenaktionen ausarte. In Fragen von weniger grundsätzlicher Bedeutung sei er allerdings bereit, den Studenten beträchtlichen Spielraum für abwei-

chende Meinungen zu lassen . . . Ob sie sich damit auf die Dauer zufriedengeben werden?

Chanchal Sarkar jedenfalls — einer der prominentesten Journalisten Asiens, Direktor des indischen Presseinstituts und früher eine Art Ghostwriter für Indira Gandhi — scheint gewisse Zweifel an der Fähigkeit — und den Methoden — der Regierung von Singapur zu haben, ihre Bürger in ruhigem Gleichschritt zu halten; besonders seit den blutigen Rassenunruhen im benachbarten Malaysia nach den Parlamentswahlen vom 10. Mai. „Ich bin sicher“, so schrieb er einige Wochen später in der „Bangkok Post“, „daß ein Teil der Zurückhaltung (der dortigen Bevölkerung) auf das Konto der sehr schlagkräftigen Polizei von Singapur geht, die jederzeit zum Einsatz gegen Umstürzler und Unruhestifter bereit steht. Wer erinnert sich nicht an die häßlichen Ausschreitungen in der Vergangenheit und an den Aufstand der Chinesenschulen? . . . Doch die Frage ist, was tut man, wenn's ums nackte Überleben geht. Nach Ansicht von Herrn Lee Kuan Yew wäre Singapur in die Hände der Umstürzler gefallen, hätte man der Barisan Socialis Opposition gestattet, am Leben zu bleiben und sich zu entfalten. Und Singapurs Wirtschaft würde zusammenbrechen, gäbe man den Gewerkschaften dort genauso viel Freiheit wie in England . . . In den Vereinigten Staaten wächst die Überzeugung, man sollte die Errichtung von Barrikaden in den Universitäten nicht länger hinnehmen. Nun, die gleichen Sorgen hatte Singapur bei der Revolte seiner Chinesenschulen vor einem Dutzend Jahren. Es sieht nicht so aus, als ob die amerikanische Gesellschaft diesem Problem mit größerer Liberalität begegnen wird . . .“

Nur indirekt, doch deutlich spürbar formuliert Chanchal Sarkar seine nachdenkliche Kritik. Bessere Lösungen hat auch er — trotz aller Vorbehalte — für Singapur nicht parat.

Qualifiziertes Lob für die „realistische Politik“ der PAP-Republik kam aus kaum erwarteter Quelle: Die „Moscow News“ meinte in einem Jubiläums-Artikel ihres ehemaligen Fernost-Korrespondenten V. Kassis, es wäre zwar falsch zu sagen, daß alles gut liefe in diesem Staat. Doch sparte die Zeitschrift nicht mit wohlwollender Erwähnung all der Leistungen, auf die man in Singapur besonders stolz ist.

Moskau hatte auch alle Veranlassung, gegenüber der Regierung Lee Kuan Yews freundliche Töne anzuschlagen. Denn ein Jahr zuvor — am 1. Juni 1968 — war zwischen der Sowjetunion und Singapur die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart worden; ein bemerkenswerter Erfolg der neuen Asienpolitik des Kreml, während Singapur durch diesen Schritt zu verstehen gab, daß der Abzug der Briten aus Fernost auch ein Ende der einseitigen Westorientierung der auswärtigen, vor allem Handelsbeziehungen der Inselrepublik, zur Folge haben würde. Mittlerweile gibt es auch eine direkte und regelmäßige Flugverbindung nach Moskau — nach Meinung von Herrn Kassis eine Entwicklung, die ganz im Sinne einer weiteren Vertiefung der bereits jetzt recht freundschaftlichen Beziehungen beider Länder liege.